

Was passiert in Ungarn?

Zusammenfassung der Angriffe auf die Soziale Arbeit in Ungarn durch das illiberale Regime

Katalin **Szoboszlai** & Sándor **Meleg**, Mitarbeit: Eva **Grigori**

In Ungarn hat sich seit 2010 ein neues politisches System herausgebildet, das sich selbst als „illiberale Demokratie“ bezeichnet. Kritische Beobachter*innen sprechen in diesem Zusammenhang von einem autokratischen und autoritären Staat. Die Prinzipien dieses Systems stehen in signifikantem Widerspruch zu den Werten und Prinzipien der Sozialen Arbeit. In den vergangenen Jahren hat die Regierung wiederholt versucht, Sozialarbeiter*innen und ihre Adressat*innen gegeneinander auszuspielen. Dies betraf vor allem obdachlose, arbeitslose und LGBTQ+ Personen.

Die Situation hat sich in den vergangenen Jahren massiv verschärft und im Jahr 2025 wurde eine neue, bislang nicht gekannte Dimension der Bedrohung erreicht. 2022 führte die Regierung das Modell „Pflegerpolitik“ („gondoskodáspolitik“) ein, das in verschiedenen Zusammenhängen zunehmend die Begriffe „Sozialpolitik“ und „Sozialarbeit“ ersetzt. Seit dem Jahr 2024 werden zudem neue Ausbildungsprogramme für das Fach „Pflegerpolitik“ implementiert. Das langfristige Ziel besteht in der schrittweisen Abschaffung der traditionellen Ausbildungsgänge für Soziale Arbeit.

Im Dezember 2023 verabschiedete das ungarische Parlament ein Gesetz zur Schaffung des neuen Amtes zum Schutz der Souveränität (SPO). Dieses arbeitet willkürlich und nach keinerlei demokratisch abgesicherten Verfahrensregeln gegen kritische Journalist*innen und die Zivilgesellschaft. Am 29. Januar 2025 publizierte das SPO ein Dokument, welches eine Liste von „politischen Druckorganisationen“ enthält, die vom „Soros-Netzwerk“ finanziert würden. Der Ungarische Berufsverband der Sozialarbeit (SzMME) wurde in dieser Liste zusammen mit 22 weiteren Nichtregierungsorganisationen (NGO), darunter hauptsächlich Bildungs-, Sozial- und Rechtshilfeorganisationen, aufgeführt. Die Einstufung der SzMME ergibt sich aus ihrer Teilnahme als Konsortialpartnerin am Programm CERV (Citizens, Equality, Rights and Values) der EU in den Jahren 2022 bis 2023. In den vergangenen Wochen hat die Regierung wiederholt erklärt, dass sie die Absicht hat, unerwünschte zivile Organisationen zu beseitigen. Das SPO-Dokument behauptet, dass die SzMME die Interessen der „globalistischen Elite der Vereinigten Staaten – in erster Linie George Soros“ vertrete und dafür Unterstützung erhalte. Die Begriffe „globalistische Eliten“ und „Soros“ stehen hier für Anti-EU-Codes, gelten aber weltweit auch als antisemitische Codes.

Im März 2025 erklärte die ungarische Regierung NGOs, deren Aktivitäten nicht mit der Regierungspolitik übereinstimmen, zu Feindinnen. NGOs, die zuvor finanzielle Unterstützung von der Europäischen Union für die Durchführung von Projekten zum Schutz von Rechten und Interessen vulnerabler Gruppen erhalten hatten, wurden öffentlich als Feinde der Nation bezeichnet. Der ungarische Berufsverband der Sozialarbeit steht zusammen mit vielen anderen auf dieser „schwarzen Liste“. Die gelisteten Organisationen leisten professionelle Arbeit, unterstützen Menschen durch Rechtsvertretung, setzen sich für Chancengleichheit ein und machen die Gesellschaft auf die Rechte von Minderheiten aufmerksam. Die Regierung hat ein repressives Vorgehen angekündigt, dessen Implikationen derzeit noch nicht vollständig abschätzbar sind. Die Drohungen und Einschüchterungen haben begonnen.



**Zukunftsfit
weiterbilden!**

- Gewaltprävention
- Somatic Experiencing®
- Coach für Neue Autorität
- Diplom Resilienztrainer*in
- Zert. Skills-Trainer*in nach DBT
- Diplom Mentaltrainer*in (online)
- Diplom Systemischer Life & Inner Work Coach (online)
- Diplomlehrgang Pädagogische*r Sozialbegleiter*in
- Interdisziplinärer Diplomlehrgang Case Management
- Diplom Traumapädagogik und traumazentrierte Fachberatung

und mehr

PRÖGES
Wir schaffen Gesundheit
Akademie

 

www.proges.at/akademie

Die ungarischen Akteur*innen der Sozialen Arbeit beobachten diesen Prozess mit Sorge. Das Vorgehen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen wird zunehmend aggressiver. Gemäß den Angaben des Ministerpräsidenten sollen bis Ostern „ausländische Agentenorganisationen“ das Land verlassen. In erster Linie sind Organisationen betroffen, die sich in den vergangenen Jahren kritisch zur Sozialpolitik der Regierung geäußert und sozial benachteiligte Gruppen vertreten und unterstützt haben.

Parallel zu den NGOs hat die Regierung der LGBT-Q+-Community den Kampf angesagt und die diesjährige Pride-Parade in Budapest verboten. Das Verbot ist als Einschränkung des Versammlungsrechts und eine weitere Schwächung der Demokratie zu betrachten. Die Regierung kann die Freiheiten heute bei der Pride und morgen bei allem anderen einschränken.

Als Berufsverband möchten wir die internationale Aufmerksamkeit auf die Phänomene lenken, die die Soziale Arbeit bedrohen. In mehreren europäischen Ländern bedroht der Aufstieg rechtsextremer Bewegungen den Berufsstand und schränkt die angemessene Unterstützung der Adressat*innen ein. Ungarn ist hierbei nicht als singuläres Beispiel zu betrachten, sondern fungiert als ein mögliches Szenario, das anderen Ländern als Warnung dienen sollte. Es ist zu hoffen, dass es möglich sein wird, Freund*innen und Verbündete zu finden und sich gemeinsam für den Erhalt und den Schutz der Sozialarbeit einzusetzen.

Kontaktinformationen zu den Berufsverbänden der Sozialen Arbeit Ungarn

SzMME: szmme.2022@gmail.com
3SZ: 3sz@3sz.hu

SIÖ 229 INFORMATIONEN

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz:

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger: Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit – obds, Franz-Josefs-Kai 27, 1010 Wien, www.obds.at, ZVR: 275736079, UID: ATU78095936

Vorstand: Christoph Krenn, Marina Salmhofer, Michael Hanl-Landa, Claudia Kutzer, Marianne Binder

Blattlinie: Die SIÖ – Fachzeitschrift für Soziale Arbeit in Österreich wird viermal jährlich vom Österreichischen Berufsverband der Sozialen Arbeit herausgegeben. Sie richtet sich an alle Mitglieder des obds und an Personen, die Interesse an die Soziale Arbeit betreffende Themen haben. Die Fachzeitschrift enthält aktuelle Informationen rund um den obds sowie Entwicklungen in der sozialen Landschaft in Österreich mit jeweiligen fachspezifischen Schwerpunktthemen, die aus wissenschaftlicher und praktischer Perspektive beleuchtet werden. Ebenso werden spannende Projekte, Innovationen und Konzepte in Praxis und Theorie der Sozialen Arbeit vorgestellt.

Erratum – Richtigstellung:

In der letzten Ausgabe (Nr. 228/01.2025) hat sich im Beitrag über den Maßnahmenvollzug von Brigit Altmüller im Lektoratsprozess ein Fehler eingeschlichen, der hier richtiggestellt werden soll.

Im Abschnitt über die drogeninduzierte Psychose und Delinquenz wurde dieses Thema an einem konkreten Beispiel einer Frau ausgeführt. Diese wurde auf Grund einer gefährlichen Drohung festgenommen. Anschließend wurde eine Begutachtung eines/r gerichtlichen Sachverständigers/ Sachverständigerin durchgeführt und nicht, wie im Beitrag geschrieben, von der Justizanstalt selbst. Dies externe Begutachtung ist notwendig, um Unabhängigkeit gewährleisten zu können.

Eine weitere Ungenauigkeit bezieht sich auf den Zeitpunkt der Unterbringung im Maßnahmenvollzug. Die Person in dem Beispiel war bereits als U-Häftling im Maßnahmenvollzug und nach der Hauptverhandlung wurde sie schließlich in den Maßnahmenvollzug eingewiesen. Auf diesen nach dem Maßnahmenrecht geregelten Ablauf soll in diesem Zusammenhang nochmals hingewiesen werden.

ABONNENT*INNEN INFORMATION:

Die SIÖ erscheint vierteljährlich. Einzelpreis: € 13,20; Jahresabonnement: € 49,50,- Inland/ € 65,- Ausland. Das Abonnement gilt für ein Kalenderjahr und verlängert sich automatisch jeweils um ein weiteres Jahr. Abbestellungen bestehender Abos sind bis drei Monate vor Jahresende mitzuteilen. Das Abo der obds-Mitglieder ist kostenlos.